

„Rat hat sich Maulkorb verpasst“

TTIP-Resolution abgesetzt – Carola Schuhmann (CDU): „Gremium hat zu wenig Kompetenz“

Von Silke Beckmann

Ladenburg. Die Gemeinderatsitzung am Mittwoch hat anders begonnen, als geplant: Mit einem Absetzungsantrag, den Stadträtin Carola Schuhmann im Namen der CDU stellte. „Ich frage mich, was die Diskussion hier soll“, sagte sie und zielte damit auf die von Bündnis 90/Die Grünen und den Räten Angelika Gelle (SPD) und Sven Ruster (FWV) beantragte Resolution zum umstrittenen Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika (Symbolbild: dpa).

„Ich denke, wir können zu der Sache nicht viel sagen“, so Schuhmann. Sie zweifelte die Zuständigkeit des Rats an, und „wenn einer im Gremium denkt, er hätte die Kompetenz, hier mitzureden, überschätzt er sich sehr stark“.

Es seien mehr Informationen vonnöten, durch Unterlagen und von Fachleuten, sagte Schuhmann.

Bürgermeister Rainer Ziegler, der sich im Vorfeld intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt hatte, teilte diese Meinung nicht. Er sehe die

kommunale Beratungs- und Beschlusskompetenz

durchaus. Die verhandelten Verträge hätten tatsächlich Einfluss auf kommunales Geschehen.

„Es geht um Daseinsvorsorge, die Kernaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung“, so Ziegler. Als Beispiele nannte er die Wasserversorgung und den Öffentlichen Personennahverkehr. Ziegler: „Den räumlichen Bezug sehe ich durchaus gegeben.“

Stadtrat Dr. Peter Hilger (FWV) unterstützte Carola Schuhmanns Absetzungsantrag, ebenso wie Wolfgang Zahner von der SPD. Er sehe „keinen Sinn“ darin, „dies hier zu beraten“.

Und Zahner ging noch weiter: „Ladenburg will die Welt retten“, zitierte der SPD-Fraktionsvorsitzende die spöttische Reaktion eines Kreisrates auf die TTIP-Resolution.

Martin Schmollinger (Grüne) bezeichnete den Absetzungsantrag als „Hammer“. Nicht nur, dass da-

durch die Arbeit einer Fraktion zu nichtegemacht werde: „Wir wollen ein Angebot an den Gemeinderat machen, die große Politik zu sensibilisieren für mögliche Nachteile auf kommunaler Seite.“

Dass das Transatlantische Handelsabkommen in der Tat kommunale Auswirkungen habe, sei „unstrittig“, sagte Ziegler und verwies auf „zahllose Kommunen“, in

denen bereits Beratungen und Beschlussfassungen stattgefunden hätten, was wiederum die Spitzenverbände stärke. Mit einer Absetzung sei das Thema für lange Zeit vom Tisch, im Gegensatz zu lediglich einer Vertagung, die auch Dr. Meinhard Georg (CDU) zur besseren Vorbereitung begrüßt hätte.

Abgestimmt werden musste letztlich aber über die Absetzung, die mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen, des Bürgermeisters und von Teilen der Freien Wähler beschlossen wurde.

Schmollinger reagierte nach kurzer Fraktionsberatung fassungslos: „Wir haben zur Kenntnis genommen,

dass der Gemeinderat in Ladenburg sich mehrheitlich sozusagen selbst einen Maulkorb verpasst und die Möglichkeit genommen hat, gegen die Gefahren eines solchen Abkommens Stellung zu nehmen.“

Bürgermeister Ziegler regte wie Carola Schuhmann eine Veranstaltung seitens der Antragsteller zum Thema an.



DREI FREIHANDELSABKOMMEN

Aktuell werden auf internationaler Ebene drei Freihandelsabkommen vorbereitet:

> Die Verhandlungen der Europäischen Union (EU) mit Kanada sind inzwischen abgeschlossen und sollen im „Comprehensive Economic and Trade Agreement“ (CETA) münden.

> Mit dem „Trade in Services Agreement“ (TiSA) sollen Dienstleistungen und Handel liberalisiert werden. Verhandelt wird zwischen 24 Mitgliederstaaten der Welthandelsorganisation.

> Und das „Transatlantic Trade and Investment Partnership“-Abkommen – kurz TTIP – wird seit 2013 zwischen der EU und den USA verhandelt. Die jüngste von bislang neun Verhandlungsrunden fand im April in New York statt.

Besonders TTIP ist auch in Deutschland in aller Munde. Es gibt Befürworter und Kritiker. Für die einen soll das Abkommen bürokratische Hürden beim Handel beseitigen, die Gegner fürchten um Qualitäts-, Öko- und Sozialstandards.

Kritisiert wird außerdem, dass TTIP unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt wird.

Mit ihrem Antrag wollte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Räte Angelika Gelle (SPD) und Sven Ruster (FWV) im Ladenburger Gemeinderat erreichen, dass sich das Gremium mit einer Resolution an Bundesregierung, EU Kommission und den Europäischen Rat wendet.

Darin sollen die Bedenken und Sorgen über die nicht absehbaren Auswirkungen der geplanten Freihandelsabkommen zum Ausdruck kommen. Außerdem wurde eine Veröffentlichung der Verhandlungsdokumente gefordert.

Es ist aber nicht einmal zu Diskussionen über die Resolution im Gremium gekommen. Der Gemeinderat hat die TTIP-Resolution auf Antrag der CDU-Fraktion von der Tagesordnung genommen. Dafür hatten CDU, SPD, FDP und Teile der Freien Wähler gestimmt.

mwg